EP-FH-01-935

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	11.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 934 bis 935 einfügen:
Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, sollen entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer*innen werden.

Feministische Digitalpolitik
Unsere Digitalpolitik stellt Gerechtigkeitsfragen in den Mittelpunkt und sorgt so für eine digitale Zukunft, die von Teilhabe und Solidarität geprägt ist. Bei digital- und technologiepolitischen Entscheidungen berücksichtigen wir stets auch gesellschaftliche Konsequenzen. Das Potenzial neuer Technologien für die Gesellschaft kann nur ausgeschöpft werden, indem wir einen intersektional-feministischen Ansatz in die europäische Digitalpolitik einbringen, der sich auf jene gesellschaftlichen Gruppen konzentriert, die am stärksten von den negativen Folgen der Digitalisierung betroffen sind. Frauen und andere in der KI-Gestaltung unterrepräsentierte, aber überdurchschnittlich von ihren Auswirkungen betroffene Gruppen müssen in der Gestaltung von KI in Wirtschaft und Politik angemessen vertreten sein. Besonders bei der Startup-Finanzierung und bei Instrumenten zur Wirtschaftsförderung sind Frauenquoten ein unverzichtbares Instrument. Wir unterstützen die in der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt enthaltenen Maßnahmen zur Bekämpfung von digitaler Gewalt und setzen uns für eine konsequente Umsetzung in deutsches Recht ein. Die Instrumente des Digitale-Dienste-Gesetzes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von Hass und Hetze müssen von der Europäischen Kommission unverzüglich angewendet werden. Zur Bekämpfung von bildbasierter sexueller Gewalt müssen strengere Regeln für Plattformen gelten, um die Veröffentlichung von Nacktbildern ohne Zustimmung der Betroffenen zu verhindern und bereits veröffentlichte Bilder einfach aus dem Netz entfernen zu lassen.

Begründung

Der Antrag richtet besonderes Augenmerk auf eine feministische Digitalpolitik .

Er ist abgestimmt mit BT- und EP-Fraktion